



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

kaum ist die Sommerpause vorbei, geht es auch schon wieder richtig rund. Das gilt nicht nur für Hessen, wo die SPD auf dem Landesparteitag am 2. Dezember ihre Spitzenkandidatin oder ihren Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2008 bestimmen wird, sondern auch für das Europäische Parlament. In der zweiten Jahreshälfte stehen unter anderem die zweiten Lesungen der Dienstleistungsrichtlinie sowie der Chemikalienverordnung REACH auf dem Programm. Darüber hinaus nimmt sich das Parlament dem wichtigen Thema Daseinsvorsorge an und will im Finanzbereich die Weichen für einen einheitlichen europäischen Zahlungsraum stellen.

Machen wir uns an die Arbeit

Bauchlandung bei Bildung

Heftigen Gegenwind gibt es zurzeit für die Pläne der hessischen Landesregierung zur Einführung von Studiengebühren. Bei einer Anhörung des Wissenschaftsausschusses meldeten auch Verfassungsrechtler Bedenken an. Die SPD lehnt das Vorhaben ohnehin ab. Der Widerstand bei den Studierenden ist groß. Die Studiengebühren sind aber nur eines von vielen Beispielen, die deutlich machen: die hessische Bildungspolitik ist ein Scherbenhaufen.

Im europäischen Vergleich geben wir immer noch viel zu wenig für Bildung aus und verspielen so einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil. In 2003 haben wir nur 4,8 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes in die Bildung investiert. In Europa lag der Durchschnitt bei 5,2 Prozent. Spitzenreiter sind Belgien, Finnland, Schweden, Dänemark, Slowenien und Zypern mit Werten von teilweise weit über 6 Prozent.

Auch bei der Kinderbetreuung hinken wir hinterher. So gibt es zum Beispiel viel zu wenig Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren und im Bereich der Ganztagsbetreuung sind wir in Europa ein Entwicklungsland. All das wirkt sich negativ auf den Arbeitsmarkt, die Geburtenraten und die Integration aus.

Aber wir müssen gar nicht bis nach Helsinki oder Brüssel schweifen. Ein Blick ins benachbarte Rheinland-Pfalz genügt. Dort hat die Landesregierung unter Kurt Beck damit begonnen die Kindergartengebühren stufenweise abzuschaffen. Studiengebühren sollen für Landeskinder kein Thema sein und Ganztagschulen werden seit 2001 flächendeckend aufgebaut. Das ist europataugliche Familien- und Bildungspolitik. Daran sollte sich Hessen orientieren.

Mehr Geld für weniger Gewalt

Mit dem Daphne-Programm unterstützt die Europäische Union Projekte gegen Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Frauen. Unter Federführung der SPD-Abgeordneten Lissy Gröner hat das Europäische Parlament in erster Lesung den Rahmen für den Förderzeitraum 2007 bis 2013 abgesteckt. Erfreulich dabei: es soll mehr Geld geben.

In den kommenden sieben Jahren will die Europäische Union insgesamt 116 Millionen Euro für das Daphne-Programm zur Verfügung stellen. Im Vergleich zu den 50 Millionen Euro in der vergangenen Förderperiode wäre dies eine deutliche Steigerung. Damals konnten nur 17 Prozent der eingereichten Projektanträge finanziert werden. Nun soll dieser Anteil höher liegen - vorausgesetzt es bleibt bei der Zahl der Anträge.

Abgerufen werden können die Fördermittel von Frauenorganisationen, Selbsthilfegruppen, Menschenrechtsorganisationen oder Jugendverbänden und ihren Netzwerken. Konkrete Maßnahmen sind etwa Frauenhäuser oder Infotelefone. Darüber hinaus soll es in Zukunft professionelle Unterstützung bei der Ausarbeitung von Projektanträgen geben.

Fit für Europa?

Unter allen richtigen Antworten zu der folgenden Frage die uns per E-Mail bis Ende der nächsten Woche erreichen, verlosen wir eine CD-Tasche.

Frage: Die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union wechselt turnusgemäß alle sechs Monate. Welches Land hält derzeit die Präsidentschaft?

- a) Malta b) Deutschland c) Finnland

Der Gewinner vom letzten Mal ist Rainer Hoffmann aus Bad Homburg.

Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032 2 28 45342
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel: 069 299888510
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de
udo.bullmann@spd.de